

NEIN

- ⊘ zur Verlagerung des Großmarktes!
- ⊘ zur DHL Zustellbasis in Marsdorf!
- ⊘ zu noch mehr Staus, Lärm und Abgasen!

Auch acht Jahre nach der Ratsentscheidung, den Großmarkt 2020 von Raderberg nach Marsdorf zu verlagern, kämpfen Bürgervereine und Politiker im Kölner Westen und den benachbarten Kommunen gemeinsam und entschlossen gegen das Vorhaben und damit **gegen** eine weitere Erhöhung des Verkehrsaufkommens und der daraus entstehenden zusätzlichen Emissionsbelastungen. In Raderberg soll auf dem jetzigen Gelände ein Wohngebiet entstehen, folglich muss der Großmarkt weg.

Andere (wesentlich geeignetere Standorte!) wurden erst gar nicht geprüft. Die ursprüngliche Planung der Stadt Köln geht völlig am eigentlichen Bedarf vorbei. Es entsteht der Eindruck, dass hier (erneut ein mit der „Brechtstange“ durchgesetztes), von uns Steuerzahlern finanziertes, Millionengrab entsteht.

Doch damit nicht genug:

Im vergangenen Jahr billigte der Rat den Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Toyota-Allee für den Bau einer mechanisierten Zustellbasis der DHL. In direkter Nachbarschaft stellt ein, auf Werben der Stadt Köln dorthin umgezogenes, spezialisiertes Unternehmen für die Pharmaindustrie hochwertige, weltweit benötigte, Produkte her.

Um den strengen hygienischen Anforderungen zu entsprechen, hat dieses Familienunternehmen alleine mehrere Millionen Euro in Filter- und Klimatechnik investiert und sieht sich mit der DHL-Zustellbasis existentiell bedroht. Dies resultiert daher, dass Abgase, Lärm und Kontamination nicht mit der Herstellung von Arzneimitteln vereinbar sind.

DHL Zustellbasis bedroht ansässiges Unternehmen

Auf einer Bürgerinformationsveranstaltung der BV 3 zum Thema äußerte sich der Geschäftsführer sehr besorgt, da ein erneuter Standortwechsel nicht finanzierbar sei. Den rund 80 Mitarbeitern droht der Verlust der Arbeitsplätze. Für die mechanisierte Zustellbasis der DHL sollen dagegen nur fünf (!) Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Anlieferung erfolgt mit großen, z. T. mehrzügigen LKW ausschließlich in den Nachtstunden. Am Tag soll dann alles mit etwa 70 kleineren LKW ausgeliefert werden. Zur Erinnerung: Seit Jahren überschreitet die verkehrsbedingte Luftbelastung im Kölner Westen die zulässigen EU-Grenzwerte. Wir haben bereits den Verkehrsinfarkt. Auch Bypässe helfen hier nicht weiter.

DHL sieht sich selbst als Spedition, und will den günstigeren Tarifvertrag für das Speditionsgewerbe anwenden. Im Flächennutzungsplan ist, gestützt auf mehrere Gutachten und Prognosen, die Ansiedlung einer Spedition explizit ausgeschlossen worden. Derzeit wird der Kölner Westen von der DHL-Zustellbasis in Frechen versorgt. Bei Realisierung des Marsdorfer Standortes sollen nur noch die benachbarten Kommunen von dort aus beliefert werden. Ein durch die Stadt Köln beauftragtes Lärm- und Verkehrsgutachten zum Standort an der Toyota-Allee wird unter Verschluss gehalten.

Fehlende Transparenz seitens der Verwaltung

Weder die Bezirksvertretung Lindenthal noch wir Bürger/innen wurden bisher in Kenntnis gesetzt. Wenn es um Marsdorf geht, erfolgen die Schritte der Verwaltung im Verborgenen. Man könnte auf die Idee kommen, dass die Verwaltung Flächennutzungspläne ändert, um die Voraussetzungen zu schaffen, die zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen in Aussicht stellt. Dass gerade diese nicht sprudeln, zeigen eindrucksvoll die Geschäftsergebnisse der Großunternehmen in Köln.

Es sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die neben uns einfachen Steuerzahlern den Verwaltungsapparat unserer Stadt am Leben erhalten. Die Großen, oft von uns allen subventioniert, haben Mittel und Wege, ihr Konzernergebnis so ausfallen zu lassen, dass die Stadt Köln keine Gewerbesteuererinnahmen bekommt. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Großunternehmen Mittel und Wege finden um Steuerzahlungen, die letztlich dem Gemeinwohl dienen, zu minimieren.

Projekte dienen dem Allgemeinwohl, müssen aber auch:

- a) angemessen und darstellbar
- b) finanzierbar
- c) allgemeinverträglich
- d) demokratisch

sein.

Liebe Stadtverwaltung, in einer Demokratie ist der Bürger der Staat. Verwaltungen jeder Art sind Instrumente für den Bürger. Vielleicht sollte man sich mal an die alten Griechen, die Erfinder der Demokratie, erinnern. <<<M. K.

Ausführliche Informationen erhalten Sie auf:
www.big-junkersdorf.de